Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 49. Abendblatt. Dienstag, den 30. Januar. 1866.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Das Corps diplomatique beabsichtigt während der Karnevalszeit glänzende Ballfestlichkeiten zu veranstalten. Den Anfang wird der Vertreter Oesterreichs, Graf Carolyi, machen, und zwar am 7. Februar.

— Dem Vernehmen nach hat die im Schooße der städtischen Behörden bestehende Finanz-Deputation in ihrer am Sonnabend stattgehabten Sitzung das Projekt wegen Kreirung einer Anleihe von 5 Millionen Thalern für die Stadt Berlin mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

— Die neueste Nummer des „Daheim" (19), welche wegen eines Artikels: „Am Vorabend des Staatsstreichs", mit Beschlag belegt worden war, ist schon nach 24 Stunden wieder freigegeben worden.

— Die schleswig-holsteinsche Interimsflagge hat ihre Existenz nicht blos in der Anerkennung der fremden Mächte, sondern es steht jedem Schleswig-Holsteiner frei, sich ihrer zu bedienen und es fährt auch eine Anzahl Schiffe unter derselben. Da dies aber eine noch neue Flagge ist, so bestehen natürlich zu ihren Gunsten noch keine Verträge mit anderen Nationen, und es müssen daher die unter ihnen fahrenden Schiffe in fremden Häfen gegen die Schiffe zurückstehen, welche unter Flaggen fahren, die einem Staat angehören, der mit denjenigen Staaten, in denen jene Häfen sich befinden, Schifffahrtsverträge abgeschlossen hat, wodurch sie hinsichtlich der Tonnen- und Lootsengelder und sonstiger Schifffahrtsabgaben vortheilhafter gestellt sind. Aus diesem Grunde haben, wie die „N. H. Z." meldet, schleswig-holsteinsche Rheder es vorgezogen, sich der preußischen oder österreichischen Flagge statt der Interimsflagge zu bedienen, und wenn holsteinsche Rheder auch der preußischen vor der österreichischen Flagge den Vorzug gegeben, so erklärt sich dies sehr natürlich daraus, daß Preußen mit einer größeren Anzahl von Staaten Schifffahrtsverträge abgeschlossen hat als Oesterreich, der Gebrauch der preußischen Flagge also ausgedehntere Vortheile bietet.

— Der Abgeordnete Löwe (Calbe) ist erkrankt. Wie es heißt, soll er vom Schlage getroffen sein und sich in einem nicht unbedenklichen Zustande befinden.

— Die Exekutivpolizei für Berlin ist im Etat für 1866 angegeben auf 10 Polizei-Hauptleute, 43 Lieutenante, 12 Lieutenants für den ambulanten Dienst, 8 Lieutenants für die Kriminal-Polizei, 4 Lieutenants für die Umgebung Berlins, 99 Wachtmeister der Schutzmannschaft, 886 Schutzmänner (darunter 53 berittene). Die Polizeiverwaltung in Berlin kostet 484,385 Thlr., d. h. 19,170 Thlr. mehr als 1865.

— Große Besorgniß herrscht seit einigen Tagen in dem hiesigen Zellengefängniß. Es ist nämlich unter den Insassen die Pocken-Epidemie ausgebrochen und sind zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

— Den „H. N." wird von hier geschrieben, der Stadtverordnete Dr. Lövinson sei bereits entschlossen, nach vollständiger Erledigung seiner unerfreulichen Angelegenheit Berlin zu verlassen.

Königsberg, 27. Januar. Die hier abgehaltene Versammlung zur Begründung eines Rettungsvereins für Schiffbrüchige hat ein erfreuliches Resultat gehabt, indem sich eine große Anzahl von Theilnehmern in die Mitgliederliste einzeichneten. 1100 Thlr. sind dem Verein bereits zugesichert, darunter 500 Thlr. vom hiesigen Flottenverein. Einstimmig beschloß die Versammlung den Anschluß an den Allgemeinen deutschen Rettungsverein. (Auch in Elberfeld und Barmen sind Anfänge mit der Bildung von Rettungsvereinen gemacht worden.)

Hamburg, 25. Januar. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde ein Antrag auf Abänderung der Verfassung eingebracht, der namentlich dahin geht, daß in Zukunft die Deputations- ꝛc. Mitglieder aus der Bürgerschaft wegfallen, die letztere demnach statt aus 192, künftig nur aus 132 bestehen soll und daß die Wahlen in die verschiedenen Verwaltungs-Kollegien aus den vorzulegenden Wahlaufsätzen, der Wahlfreiheit unbeschadet, geschehen sollen. — Ein Antrag des Senats, betreffend Erhöhung der Dotation der diplomatischen Vertretung in Betlin, wurde mit 88 gegen 66 Stimmen, also nicht definitiv angenommen.

Altona, 27. Januar. Die Nachricht, daß Hr. May den Schutz der österreichischen Militärbehörde angerufen habe, ist, wie ein Telegramm der „F. P. Z." meldet, unrichtig.

Kiel, 28. Januar. In der „Kieler Zeitung" lesen wir nachstehende Selbstberichtigung:

Die heutige „Kieler Zeitung" bringt folgende Mittheilung: „Es verlautet, daß die Reise des Gouverneurs v. Manteuffel hierher eine Beschwerde über die holsteinische Presse zum Zweck gehabt habe. Außerdem soll der Gouverneur angefragt haben, ob die Auslieferung des Dr. May zu gewärtigen sei. Wie man vernimmt, soll der Gouverneur Kiel nicht ganz befriedigt verlassen haben." — Wir sind in den Stand gesetzt, diese Nachricht für unbegründet zu erklären.

Eine naive Art, sich selbst zu dementiren.

— Die „Kieler Zeitung" klagt, daß „man für gut befunden, innerhalb der kurzen Spanne von drei Tagen sie zwei Mal mit Beschlag zu belegen."

— Nach der „Schl.-Holst. Zeitung" gedenkt der Prinz Christian von Augustenburg nach seiner Verheirathung mit der britischen Prinzessin Helene im Monat Juli das Schloß Gravenstein zu beziehen.

— Die „Schl.-Holst. Zeitung." meldet: Siebenzig schleswig-holsteinische Seeleute seien nach Triest gereist, um in ägyptische Marinedienste zu treten. Dieselben seien in Eckernförde und Kiel engagirt worden.

Schleswig, 26. Januar Die „Fl. N. Z." schreibt: Verhandlungen bezüglich Verschmelzung des holsteinischen und schleswigschen Telegraphenwesens sollen eingeleitet, das schleswigsche zunächst ganz mit dem preußischen verbunden werden. Die Landeskinder als Beamte beizubehalten und qualifizirte inländische Bewerber für diese Stellen zu bevorzugen, ist ein Wunsch, dem ein Großstaat leicht nachkommen kann. (Im Einklang mit dem Vorstehenden wird aus Kiel vom 26. gemeldet: „Die Telegraphen-Direktoren v. Chauvin und Richter sind hier anwesend; dem Vernehmen nach unterhandeln dieselben wegen Uebertragung des holsteinischen Telegraphenwesens an Preußen." — Dagegen schreibt die „Kieler Ztg." vom 27.: „Aus der Regierung nahestehendem Kreise wird heute jede Unterhandlung wegen Uebertragung der holsteinischen Telegraphen-Verwaltung an Preußen in Abrede gestellt.")

Deßau, 28. Januar. Gerüchtweise verlautet, daß gestern Abend bei Gelegenheit einer stattgehabten General-Versammlung des Dahrlehnskassenvereins in Zerbst Ausschreitungen vorgekommen seien. Auf Requisition um militärische Hülfe sind gestern Abend 11 Uhr zwei Compagnien Soldaten mittelst Extrazuges nach Zerbst abgegangen. Es soll durch die Verluste, welche dem Vereine durch den flüchtigen Kassirer Partheil zugefügt sind, meistens der kleine Handwerkerstand betroffen sein, und so läßt sich die Aufregung, die in Zerbst jetzt herrscht, erklären. Allein es wäre zu bedauern, wenn es zu Gesetzübertretungen gekommen wäre. Man hofft, daß dem Regierungs-Kommissarius gelingen werde, die Gemüther wieder zu beruhigen.

München, 27. Januar. Die Versuche der Fortschrittspartei, auf den König einzuwirken, haben bekanntlich zu der Abordnung einer großen Deputation geführt, welcher da und dort eine Volksversammlung das Mandat gab. Morgen soll (wie das „Fr. J." schreibt) diese Deputation in München eintreffen. Die Herren bitten partienweise um Adienz bei Sr. Majestät, da sie sich nach ihren Landsmannschaften theilen wollen. Zudem ist es nach dem Gesetze nicht erlaubt, daß Deputationen an den König aus mehr als 10 Deputirten bestehen.

Wien, 27. Januar. (Kr.-Z.) Die Mehrzahl der hiesigen Blätter entlehnt einem Prager Blatte merkwürdige Mittheilungen über eine Scene, die dieser Tage zwischen den Grafen Bismarck und Karolyi gespielt hätte. In gut unterrichteten Kreisen erinnert man sich des Londoner Rauchfangkehrers und glaubt um so weniger, daß Graf Karolyi den Grafen Bismarck an die innere Krisis, an der Preußen laborire, erinnert habe, als ja auch unsere Zustände keineswegs als beneidenswerthe bezeichnet werden können. — In verschiedenen hiesigen und auswärtigen Blättern kursiren Details betreffs der Verhandlungen über einen österreichisch-italienischen Handelsvertrag, und man weiß schon von einem Vertrags-Entwurf zu erzählen, der unter der Mitwirkung Frankreichs zu Stande gekommen. Ich kann hierauf erwidern, daß wohl von Seiten der französischen Regierung bezüglich dieser Angelegenheit in Florenz vertrauliche Anfragen gestellt wurden, daß aber bis jetzt noch keine Antwort aus Paris hierselbst eingetroffen ist.

Ausland.

Paris, 27. Januar. (Kr.-Z.) Gestern war bei dem Minister-Residenten der Republik Haiti, Obersten Dubois, zur Feier der gänzlichen Pazifikation des Kaps ein glänzender Ball, auf welchem mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps erschienen. Es fiel allgemein auf, daß der amerikanische Gesandte Hr. Bigelow sich in sehr demonstrativer Weise fast nur mit den schwarzen Damen unterhielt, von denen etliche allerdings statuenhaft schöne Gestalten gewesen sein sollen, obwohl die dicken Gesichter immerhin einen eigenthümlichen Eindruck machten. Ein preußischer Landsmann, welcher längere Jahre auf Haiti gelebt, versicherte mir, daß ihm zwar der Anblick der Schwarzen ein völlig gewohnter geworden, daß er aber doch niemals eine Negerin habe schön finden können, obwohl es auch unter ihnen wirkliche Schönheiten gäbe. Dagegen haben Frauen der Mischlingsracen oft hohe Reize. Bei dem Ball in der haitischen Gesandtschaft war jede Nuance der Hautfarbe vertreten.

— Ueber die Beziehungen Frankreichs zu Nordamerika vermag ich Ihnen weiter nichts zu sagen, als daß sie vielleicht nicht ganz so schlimm sind, als sie erscheinen. Mexiko ist allerdings eine große Verlegenheit und Juarez (durchaus nicht geflüchtet, sondern zu Chihuahua) nach dem Kaiser Maximilian mehr in Noth, als man bisher zugeben wollte; Nord-Amerika wünscht begreiflicher Weise die Franzosen so rasch wie möglich aus Mexiko entfernt, indessen wird es sich doch kaum zu entschiedenen Schritten entschließen; es ist in der großen Republik durchaus auch nicht Alles, was glänzt, Gold oder Stahl.

London, 27. Januar. J. M. die Königin hat unmittelbar nach dem Tode des Präsidenten der Akademie Sir Charles Eastlake einen eigenhändigen Brief an seine Wittwe gerichtet und ihr eine jährliche Pension von 300 Pfd. St. aus der Civilliste angeboten. Die sehr werthvolle Bibliothek von Kunstwerken des Verstorbenen wird, wie es heißt, öffentlich versteigert werden.

— Wie sehr der Grund und Boden in London gestiegen ist, mag folgender Fall bezeugen. Ein winziges Stück Land an der Ecke von Lombardstreet in der City, gerade hinreichend, um ein schmales Haus mit 3 Fenstern Fronte darauf zu bauen, wurde vor Kurzem einer Bank für 6600 Pfd. St. jährlich vermiethet. Sie vermiethete es ihrerseits wieder einer Aktiengesellschaft, gegen denselben jährlichen Miethzins nebst einer Entschädigungssumme von 70,000 Pfd. Die Aktiengesellschaft ihrerseits baute auf dem erworbenen Flecke ein Haus mit einem Kostenaufwande von 70,000 Pfd. St. und bezieht dafür nicht weniger als 22,000 Pfd. St. jährlicher Miethe.

Konstantinopel, 20. Januar. Am 3. Januar hat das Telegraphen-Bureau von Pera zum ersten Male mit Kurradschi (Station der ostindischen Telegraphenlinie) korrespondirt. Die Entfernung zwischen beiden Städten beträgt an 600 deutsche Meilen.

Bukarest, 20. Januar. Fürst Cusa scheint neuerdings keinen Widerspruch zu leiden und es läuft seit einigen Tagen hier ein Gerücht um, nach welchem der Fürst ein Mitglied der Kammer-Opposition zu sich in das Palais beschieden und dasselbe in etwas handgreiflicher Weise von der Unzulässigkeit seiner Opposition zu überzeugen versucht haben.

Ostindien. Eine Depesche aus Bombay meldet, daß in einem Seitenthale des Pendschab die Bewohner dreier Ortschaften ins englische Gebiet plündernd eingedrungen sind, englische Truppen die Räuber einholten, ihnen die Beute wieder abnahmen, ihre Ortschaften zerstörten und die Hauptschuldigen festnahmen.

Newyork, 13. Januar. Eine Räuberbande hat sich auf dem Flusse Alabama des mit 1000 Ballen Baumwolle beladenen Dampfers „Lily" bemächtigt und das Schiff den Tombsgitee-Fluß hinaufgenommen.

Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 29. Januar. Heute Vormittag 10 Uhr hielt die Kommission zur Berathung des Virchow'schen Antrages in Betreff Lauenburgs ihre zweite und letzte Sitzung. Die Verhandlungen wurden mit Verlesung eines Schreibens des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck durch den Vorsitzenden, Abg. Gneist eröffnet, in welchem mitgetheilt wird, daß die Regierung beschlossen habe, sich an den Berathungen der Kommission nicht zu betheiligen und daß zur Zahlung der Abfindungssumme von $3\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. dänisch für den österreichischen Antheil an Lauenburg, welche Summe die österreichische Regierung bereits erhalten, preußische Staatsmittel nicht in Anspruch genommen worden seien. — Es wurde hierauf in die Berathung eingetreten. Der Abgeordnete Dahlmann wünschte einige Aenderungen in der Fassung der vom Referenten Abg. Twesten beantragten Resolution, um der etwaigen Mißdeutung entgegenzutreten, als wolle die Kommission die Erwerbung Lauenburgs für Preußen überhaupt bekämpfen. Darauf wurde erwidert, daß aus der Motivirung der Resolution in dem Berichte hervorgehen würde, daß die Kommission einhellig für die Realunion Lauenburgs mit Preußen zu stimmen bereit sei und daß ihr Widerspruch sich nur 1) gegen die Personal-Union überhaupt und 2) dagegen richte, daß die Regierung meine, auch eine bloße Personal-Union könne ohne Genehmigung des Landtags erfolgen. Es wurde einstimmig der bekannte Antrag des Ref. Abg. Twesten angenommen, welcher lautet: „Das Haus wolle beschließen: Die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußens ist rechtsungültig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt ist." — Darauf wurde der Bericht des Referenten verlesen, genehmigt und vollzogen. In Bezug auf die Fassung desselben hatte nur ein Punkt eine erwähnenswerthe Diskussion veranlaßt. Es war nämlich ausgeführt, daß der Gasteiner Vertrag, weil er eine Last für den Staat konstituire, nach Art. 48 der Verfassung der Genehmignng des Landtages bedürfe: durch den Vertrag werde die Zahlung der Entschädigung an Oesterreich übernommen. Hiergegen wurde von den Abg. Kirchmann und Schulze (Berlin) das Bedenken erhoben, daß in Folge der offiziellen Mittheilung der Regierung die Zahlung an Oesterreich bereits erfolgt ist und zwar nicht aus preußischen Staatsmitteln. Diese Verbindlichkeit sei daher erloschen, eine Last bestehe nicht mehr und es könne daher die Anwendung des Art. 48 nicht geltend gemacht werden. Selbst wenn später derjenige, welcher das Geld gezahlt, einen Regreß an den Staat nehmen wollte, so würde er einfach damit beseitigt werden, daß der Gasteiner Vertrag nicht genehmigt und deshalb auch eine nützliche Verwendung von Staatsmitteln durch Bezahlung einer Staatsschuld nicht eingetreten sei. Da die Regierung voraussichtlich auf diesen Punkt im Wesentlichen ihre Vertheidigung stützen werde, so sei zu wünschen, daß der Bericht an dieser Stelle ihr keine Blößen biete und die Nothwendigkeit einer Genehmigung des Vertrages durch die Landesvertretung nicht durch das Dasein dieser Last mitbegründen helfe, welche ja nicht mehr bestehe, sondern durch die Zahlung außerhalb der Staatsmittel in jedem Fall erloschen sei. — Von Seiten des Vorsitzenden und des Referenten wurde dagegen für die Beibehaltung der Fassung des Berichtes geltend gemacht, daß die Lehre vom Erlöschen einer Verbindlichkeit durch Zahlung eines Dritten nur für das römische Privatrecht gültig sei und nur auf diesem Gebiet von den römischen Juristen begründet worden. Dagegen könne jener Lehre im öffentlichen Recht und besonders im deutschen Staatsrecht keine Geltung zugestanden werden. Hier habe der Grundsatz keine Gültigkeit, daß eine öffentliche Schuld durch Zahlung eines Dritten erlösche. Die entgegengesetzte Anschauung schließe noch eine andere große Gefahr in sich, weil auf diese Weise, namentlich bei geringeren Lasten, die im Art. 48 der Verf. vorgeschriebene Genehmigung von Staatsverträgen, welche Lasten für das Land impliziren, auch die Landesvertretung ganz umgangen werden könne; der Dispositionsfonds von 500,000 Thlrn., welcher nach dem Etat dem Könige ohne Rechnungslegung zustehe, würde dazu genügende Mittel bieten. — Von anderer Seite blieb man dabei stehen, daß eine bereits bezahlte Schuld unmöglich als eine Last für den Staat angesehen werden könne und daß jeder spätere Regreß-Anspruch dadurch von selbst wegfalle, weil der Zahler nicht behaupten könne, eine Staats-Verbindlichkeit erfüllt zu haben. Bei der Abstimmnng erklärte sich die Kommission mit großer Mehrheit für die Fassung des Berichterstatters Abg. Twesten.

— Heute um 10 Uhr hatte die Budget-Kommission wieder eine Sitzung, in welcher die Etats-Berichte vorgelesen und festgestellt wurden. Hierauf referirte der Abgeordnete Frhr. v. Hover-

beck über den Etat für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, und wurden zunächst die Einnahmen ohnr weitere Erinnerung mit 662,171 Thlr. 15 Sgr. genehmigt. Bei Tit. 1 der Ausgaben: Besolduugen, wird eine Zulage für einen Ministerialrath für die Vertretung des Ministers, während derselbe auf Dienstreisen sei, in Höhe von 400 Thlrn. verlangt. Die Kommission genehmigte dieselbe, indem sie anerkannle, daß es gut sei, wenn der Minister bisweilen Reisen unternehme. Abgelehnt wurde dagegen eine Mehrausgabe von 1200 Thlrn., welche als Besoldung für eine neue Stelle im Geheimen Sekretariat und in der Geh. Kalkulatur gefordert ist. Unter Tit. 19 fordert das Ministerium zu Prämien für Pferde-Rennen 26,400 Thlr., also 7200 Thlr. mehr wie im vorigen Jahre. Der Regierungs-Kommissar, Landstallmeister Wetting, bemerkt, daß von der beantragten Summe $\frac{2}{3}$ nur für ausländische Zucht und $\frac{1}{3}$ für Pferde aller Länder verwendet werden sallen. In der längeren Debatte, die über diese Position entstand, führten namentlich die Abgeordneten v. Hoverbeck, Frentzel und v. Saucken-Gerdauen aus, daß die Prämien im Allgemeinen weniger der Pferdezucht, als der Spekulation zu Gute kämen. Der Mehrbetrag von 7200 Thlrn. wurde hierauf vom Etat gestrichen. Unter den extraordinären Ausgaben wurde eine neue Position von 1500 Thlrn. bewilligt, als Zuschuß zu größeren Landes-Meliorationen und Deichbauten. Die Position wurde von der Regierung, in Folge eines in der vorigen Session vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusses, welcher den Wunsch ausgesprochen hatte, daß die Landes-Meliorationen mehr gefördert werden möchten, in den Etat aufgenommen. — Ferner werden zur Förderung der Wald- und Wiesenkultur in der Eifel und in gebirgigen Theileu des Regierungsbezirks Arnsberg 10,500 Thlr. neu bewilligt, wobei der Ref. den Wunsch aussprach, daß die Regierung auch in anderen Theilen des Landes in derselben Weise vorgehen möchte, um einem vorhandenen Bedürfnisse zu entsprechen. Die Budget-Kommission würde stets geneigt sein, derartige Anträge der Regierung zu genehmigen Sonst wurden bei diesem Etat neue bemerkenswerthe Beschlüsse nicht gefaßt. Der Berathung wohnten, außer dem Landstallmeister Wetting, noch die Geh. Regierungs-Räthe Wehrmann und Heyder und der Geh. Rechnungs-Rath Rohrscheidt bei. Der Brricht über das landwirthschaftliche Ministerium wurde sofort festgestellt und unterzeichuet. Hierauf referirte der Abgeordnete Techow über den Etat des Kultusministeriums. Es wurden auch hier die Einnahmen ohne weitere Erinnerung in Höhe von 104,071 Thlrn. festgestellt und genehmigt. Unter Titel I. der Ansgaben: „Besoldungen“ wurde eine Position von 2600 Thlrn. für eine neue Rathsstelle abgesetzt, dagegen die beantragte Verstärkung des Diäten- und Fuhrkostenfonds um 1000 Thlr., welche der Regierungs-Kommissar, Geheimer Ober-Regierungs-Rath Knerks, in der Sitzung mit Rücksicht auf die beschlossene Streichung der neuen Rathsstelle beantragte, genehmigt, also dieser Fonds im Ganzen um 2000 Thlr. erhöht. Der Etat für den Ober-Kirchenrath wurde nach den Ansätzen der Regierung genehmigt, in Höhe von 20,600 Thlrn., nachdem sich herausgestellt hatte, daß eine im vorigen Jahre beschlossene Streichung von 400 Thlrn. berücksichtigt worden war. Zugleich wurde von der Kommission grundsätzlich für die Etats aller Ministerien festgestellt, daß die Beamten der Geheimen Registratur und des Geheimen Journals mit den Geheimen expedirenden Sekretären und Kalkulatoren im Gehalte gleichgestellt werden sollten und eine in dieser Beziehung geforderte Summe von 200 Thlr. bei dem Etat des evangelischen Ober-Kirchenraths genehmigt. Abgesetzt wurden darauf bei den Konsistorien drei neue Stellen, die eines fünften Sekrtärs mit 800 Thaler, eine dritte Kanzlistenstelle mit 275 Thlr. Die gestrichene Position umfaßt also eine Summe von 1625 Thlr. Die Ausgaben für den katholischen Kultus wurden im Betrage von 747,273 Thaler genehmigt, wobei der Abg. Rohden den bereits in der vorigen Session ausgesprochenen Wunsch wiederholte, daß für die Pfarrstellen in Crefeld besser gesorgt werden müßte. Der Etat für die Universitäten wurde in Höhe von 604,573 Thaler genehmigt, wobei es zur Sprache kam, daß an der Universität Breslau 2 Professoren der katholischen Fakultät durch den Fürstbischof untersagt sei, Vorlesungen zu halten. Nach längerer Erörterung erklärte der Regierungs-Kommissar, daß er zur Sache nicht hinreichend informirt sei, und behielt sich weitere Mittheilungen vor. Der im Etat wieder angesetzte Zuschuß aus Staatsmitteln für die Ritter-Akademie zu Brandenburg im Betrage von 4600 Thlr. wurde wieder abgesetzt, diesmal mit Rücksicht auf den zwischen der Regierung und dem Institut schwebenden Prozeß, in welchem die Erstere bereits durch Erkenntniß erster Instanz von der Verpflichtung freigesprochen ist, den Staatszuschuß zu leisten. Mit Rücksicht auf die dem Etat beigefügte Zusammenstellung der aus allgemeinen Staatsfonds zu bestreitenden Ausgaben und Zuschüsse für Gymnasien und Realschulen, Seminarien, Taubstummen- und Blinden-Anstalten, sprach die Kommission den Wunsch nach einer ähnlichen Zusammenstellung über diejenigen Anstalten derselben Art, die nicht Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten. Der Regierungs-Kommissar versprach eine solche für das nächste Jahr. Die Kommission sprach ferner den Wunsch aus, daß der Normal-Etat für die Staats-Gymnasien jetzt veröffentlicht und eine Nachweisung darüber vorgelegt werde, wie weit derselbe bereits zur Ausführung gelangt sei. Für das Elementar-Unterrichtswesen wurde der Etat mit 482,166 Thlr. bewilligt, zugleich aber das Bedauern ausgesprochen, daß die Regierung nicht mehr für diesen Zweck, namentlich für die Elementarlehrer, ausgesetzt habe. Der Regierungs-Kommissar erklärte auf eine Anfrage, er könne keine genaue Auskunft darüber ertheilen, ob die Regierung im Stande sein werde, schon in dieser Session ein Dotationsgesetz vorzulegen. Es hänge dies davon ab, ob schon jetzt im Staats-Ministerium, welchem die Sache gegenwärtig zur Entscheidung vorliege, eine Uebereinstimmung zu erzielen sein würde. Ferner wurden 12,160 Thlr. für Turnunterricht, zur Ausbildung von Turnlehrern und zur Unterstützung von Civil-Eleven in der Central-Turnanstalt bewilligt und gleichzeitig beschlossen, diese Position nicht, wie der Etat gethan, in die Kolonne „künftig wegfallend“ aufzunehmen. Gegen $2\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Sitzung vertagt. Morgen findet die nächste Sitzung der Budget-Kommission Statt, in welcher der Etat des Kultus-Ministeriums beendigt und zugleich die Etats für die Domänen und Forsten und für die hohenzollernschen Lande erledigt werden sollen.

— Morgen haben die vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen eine Sitzung, in der der italienische Handelsvertrag zur Berathung kommt. Auch die Kommission für den Antrag des Abg. Becker, die Köln-Mindener Eisenbahn betreffend, hat morgen ihre erste Sitzung. Das Referat über die Petition Classen-Kappelmann's, das Abgeordnetenfest in Köln und das Vereinsrecht betr., wird nicht der Abg. Simson, sondern der Abg. Wachsmuth übernehmen.

— Der Abg. v. Benda hat seinen nachstehenden Gesetz-Entwurf, die Kosten der Grundsteuer-Regulirung betreffend, der schon in der vorigen Sitzungsperiode des Hauses am 18. Mai angenommen wurde, von Neuem im Abgeordnetenhause eingebracht. Derselbe lautet:

„§. 1. Der §. 6 Alinea 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1861, die anderweite Regelung der Grundsteuer betreffend (Nr. 19 der Ges.-S. von 1861), wird aufgehoben.

§. 1. Die für die Grundsteuer-Regulirung nach der eben gedachten Gesetzes-Vorschrift verausgabten oder noch zu verausgabenden Kosten werden auf die Staatskasse übernommen.

§. 3. Der Finanz-Minister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.“

— Bei dem Plenum des Ober-Tribunals stand gestern Termin zur Entscheidung der Frage an, ob ein Abgeordneter wegen seiner in der Kammer gehaltenen Reden zur gerichtlichen Untersuchung gezogen werden dürfe. Es handelte sich dabei um die Abgeordneten Twesten und Frenzel. Die Oeffentlichkeit war bei dieser Verhandlung jedoch so streng ausgeschlossen, daß nicht einmal ein Gerichtsschreiber dabei zugegen war, und sind wir deshalb auch noch nicht im Stande, eine Mittheilung über die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in dieser wichtigen Frage zu machen.

— Für den Regierungsbezirk Cöslin, welcher etwa 1320 evangelische Schulen zählt, sind in Folge eintretender Vakanzen und der Gründnng neuer Stellen im Durchschnitt jährlich 83 evangelische Schulamts-Aspiranten erforderlich. Dieser Bedarf wird aber durch die beiden Seminare in Cöslin und Bütow nur bis zur Hälfte gedeckt. Dem dadurch hervorgerufenen Mangel an zweckmäßig ausgebildeten Lehrern kann durch Herstellung eines dritten Seminars für den genannten Regierungs-Bezirk mit dreijährigem Kursus für 75 Zöglinge Abhülfe gewährt werden. Zum Seminar-Ort eignet sich die Stadt Dramburg, deren Vertreter für die Verwirklichung des Projeits anerkennenswerthe Offerten an Grund und Boden, wie an baaren Zuschüssen gemacht haben. Zunächst bedarf es der Einrichtung eines Lehrkursus für 25 Zöglinge, dessen Unterhaltung pro 1866 die Summe von 2388 Thlr. erfordert.

— Auch die Petitions-Knmmission hielt heute eine Sitzung. — Die Beschlußnahme über eine Beschwerde wegen Ausschließung vom Genusse des heiligen Abendmahls wurde vertagt.

Pommern.

Stettin, 30. Januar. Vor Kurzem besuchte das Dienstmädchen Dahlke aus Wangerin ihre Freundin, die hier bei dem Restaurateur Kapelke in Dienst steht. Die Frundschaft muß nicht sehr heiß sein, denn die Dahlke bestahl nicht allein Herrn Kapelke sondern suchte auch den Verdacht des Diebstahls auf ihre Gastfreundin zu lenken. Man fand jedoch die gestohlenen Sachen in dem Koffer der D., so daß dieselbe verhaftet wurde.

— Eine Schwindlerin betrog gestern eine Putzmacherin in der Frauenstraße um eine Haargarnirung von künstlichen Blumen, indem sie vorgab, ihr Portemonnaie vergessen zu haben und dem sie begleitenden Mädchen der Putzmacherin dadurch entwischte, daß sie in das Haus kl. Oderstraße 3—4 trat und das Mädchen vor der Thüre warten ließ. Die Blumen und ihre Liebhaberin sah man nimmer wieder.

— Aus einem unverschlossenen Boden in der kl. Oderstraße wurde am 26. d. M. einem Schuhmachergesellen dessen verschlossener Kasten, worin 6 Thlr. erspartes Geld und seine sämmtlichen Kleidungsstücke, gestohlen. Am Sonnabend ist der erbrochene und geleerte Kasten vor dem Ziegenthore gefunden worden.

— Wegen des anhaltenden milden Wetters wird diesmal die niedere Jagd früher als sonst geschlossen. Dieselbe hört wahrscheinlich schon am 3. Februar auf. Die Vegetation ist schon so weit vorgeschritten, daß in manchen Gegenden die Landlente die Grünfütterung auf Roggenfeldern begonnen haben, was bei dem Futtermangel eine große Aushülfe ist.

— (Ein hoffnungsvoller Knabe.) In einem Tanzlokale in Grabow ergriff am 28. d. M. ein Füsilier einen 14jährigen Knaben, welcher ihm von hinten in die Rocktasche faßte, ließ ihn aber laufen, da er erst nachträglich bemerite, daß ihm aus der Tasche eine gestickte Cigarrentasche, ein werthes Andenken, gestohlen sei. Einige Tage später traf er denselben Burschen vor einer andern Grabower Tabagie und hielt ihn fest. Dieser gestand nun den Diebstahl mit dem Bemerken, daß er die Cigarrentasche seinem Vater gegeben. Letzterer wurde von dem Soldaten nicht gefunden, sondern nur die Mutter des Diebes, welche ihren hoffnungsvollen Sprößling loszulügen suchte. Bei der sogleich erfolgten Recherche wollte nun der Knabe die qu. Tasche dem Wirthe in dem Tanzlokal als gefunden eingehändigt haben; auch erbot sich die Mutter, die Tasche nach und nach mit 3 Thalern zu bezahlen, wozu sie aber bisher keine Anstalt gemacht hat. Die nunmehr eingeleitete Untersuchung wird wohl den wirklichen Verbleib der Cigarrentasche herausstellen.

— Für den Monat Januar werden keine Servis- und Einquartierungs-Beiträge eingezogen.

Regenwalde, 28. Januar. Der bisherige Rektor und Hülfsprediger Rautenburg ist zum zweiten Prediger in Fiddichow ernannt. An seine Stelle ist der Predigtsamts-Kandidat F. Taubert zum hiesigen Rektor und Hülfsprediger gewählt.

Greifswald. Herr Konsistorialrath und Stadt-Superintendent Dr. Vogt hat unser altes Gesangbuch revidirt, zum Theil umgearbeitet und neu herausgegeben. Aus demselben wird am Sonntag, 11. Februar, zum ersten Mal in den 3 Stadtkirchen gesungen werden.

Greifswald, 27. Januar. Sicherem Vernehmen nach ist der Pastor Woltersdorff von dem Königlichen Konsistorium aufgefordert worden, in der Jakobikirche zu Stettin eine Predigt zu halten. Der erhobene Protest scheint demnach nicht ganz so unerheblich angesehen zu werden, wie mit seltener Zuversicht angenommen oder auch nur gewünscht wurde.

Stralsund. Die Wahl des Oberlehrers Dr. Kruse zu Stralsund zum Direktor der Realschule in Mühlheim a. d. Ruhr hat, wie die „Kr.-Ztg.“ hört, die Königliche Bestätigung erhalten.

Colberg, 27. Januar. So eben verlautet, daß dem Hrn. Oberlehrer Dr. Fischer hierselbst von Seiten des Provinzial-Schulkollegiums aufgegeben worden, seinen Austritt aus der Stadtverordneten-Versammlung binnen 8 Tagen anzuzeigen.

Vermischtes.

Newyork. In der Handelswelt wie im Gebiet der Musik, Architektur und Malerei stehen Deutsche an der Spitze. Astor, ein deutscher Eiuwanderer, legte den Grund zu unerreichtem Kunstsinn, Leutze und Bierstadt sind als die besten Maler in Amerika bekannt, Kapp hat sich unter den amerikanischen Historiographeu eine erste Stellung erworben; eine große Reihe von Musikern könnte aufgeführt werden, welche, ausschließlich aus Deutschen bestehend, den Geschmack für Musik in Amerika gänzlich reformirt hat, und die erste Piano-Firma der Welt ist die deutsche New-Yorker der Herren Steinway und Söhne. Gerade diese letztgenannte Firma hat sich unter unsern Augen und in überaus kurzer Zeit auf einen so hohen Grad künstlerischer und merkantiler Entwickelung emporgeschwungen und genießt in beiden Welttheilen eines unerschütterlichen, alle andern Fabrikanten weit übertreffenden Rufes.

Neueste Nachrichten.

Kassel, 28. Januar. Der Kurfürst scheint, da er es direkt nicht kann, auf indireltem Wege den Prinzen Moritz v. Hanau von der Ständeversammlung fern halten zu wollen. Nach der Zurückkunft des Prinzen von seiner Mission nach Brüssel wird wieder ein anderer Allerhöchster Auftrag für denselben parat liegen. An ein Eintreten in die Ständeversammlung glaubt nun Niemand mehr.

Pesth, 29. Januar, Nachmittags. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute Nachmittags 2 Uhr von Wien hier eingetroffen. Sie wurden begeistert empfangen und von den Bürgermeistern von Pesth und Ofen in Ansprachen begrüßt.

Genf, 29. Januar, Nachmittags. (Priv.-Dep. der Berl. B.-Z.) In der heutigen General-Versammlung der Genfer Kreditbank waren 11,524 Aktien vertreten. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte den Antrag der Berliner Aktionäre einstimmig an. Bei der Konvertirung gelangt eine Prämie von 5 Francs zur Auszahlung.

Paris, 29. Januar, Abends. Das Gelbbuch mit den auf die mexikanische Angelegenheit bezüglichen Depeschen ist so eben erschienen. In einer vom 9. Januar d. J datirten Depesche spricht Drouyn den Wunsch aus, daß die amerikanische Regierung sich ebenfalls dem Prinzip der Nichtintervention anschließe, sowie das Versprechen gebe, auch nach dem Rückzuge der französischen Truppen, über welchen man jetzt mit dem Kaiser Maximilian in Unterhandlung stehe, Mexiko gegenüber eine strikte Neutralität einzuhalten.

Viehmarkt.

Berlin, 29. Januar. Es wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 993 Stück. Ungeachtet daß die Zutriften nicht stark waren, so war dennoch das heutige Geschäft als kein lebhaftes zu bezeichnen; Primaqualität wurde vorzugsweise gesucht und nur mit 16—17 Thlr. pro 100 Pfd. bezahlt, Mittelwaare konnte nur 11—14 Thlr., ordinäre 8—10 Thlr. erzielen.

An Schweinen 3111 Stück. Export-Geschäfte fanden gar nicht statt, weshalb die Durchschnittspreise gedrückter als vorige Woche waren; beste feine Kernwaare wurde zwar dennoch vorzugsweise gesucht und demnach mit 16—17 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 2912 Stück. Nur schwere und fette Hammel konnten zu höheren Preisen abgesetzt werden, wogegen Mittelwaare selbst zu gedrückten Preisen nicht aufgeräumt werden konnte.

An Kälbern 775 Stück, welche zu mittelmäßigen Durchschnittspreisen aufgeräumt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. Januar. Witterung: klare Luft. Temperatur + 6° R. Wind: NW., stürmisch.

An der Börse.

Weizen matt, loco pr. 85pfd. gelber 65—70 Rt. bez., mit Auswuchs 48—62 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $71\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., $71\frac{1}{2}$ Rt. Br., Mai-Juni $72\frac{1}{4}$ Rt. Br., 72 Rt. bez. u. Gd, Juni-Juli $73\frac{5}{8}$ Rt. bez, $73\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Septbr. $74\frac{1}{4}$ Rt. Br., 74 Gd.

Roggen flau, pr. 2000 Pfd. loco 47—$49\frac{1}{2}$ Rt., Frühjahr $48\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 50, $49\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juni-Juli $50\frac{3}{4}$, 51, $50\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-August $50\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Gerste matter, loco per 70pfd. schlesische $36\frac{1}{2}$—40 Rt., 70pfd. schles. Frühjahr $40\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 27—$28\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $29\frac{1}{2}$ Rt. Br., $29\frac{1}{4}$ Rt. Gd.

Erbsen loco 48—51 Rt., pr. Konn. im März abzuladen $49\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr Futter- $50\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Rüböl niedriger, loco $15\frac{5}{6}$ Rt. Br., Januar $15\frac{2}{3}$ Br., Jan.-Febr. $15\frac{2}{3}$ Rt. Br., April-Mai $15\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., September-Oktober $13\frac{1}{2}$ Br., $13\frac{5}{12}$ Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $14\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez., Januar-Februar $14\frac{1}{8}$ Rt. Br. u. Gd., Frühjahr $14\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 15 Rt. Br. u. Gd., Juni-Juli $15\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl, 10,000 Qu. Spiritus.

Hamburg, 29. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine ganz unverändert. Oel stille, pr. Mai $33\frac{1}{4}$—$33\frac{1}{8}$ bez., pr. Oktober $28\frac{1}{8}$—28 bez. Kaffee und Zink ruhig. — Wetter stürmisch. Aus London wurde zu wiederholten Malen Sturm signalisirt.

Amsterdam, 29. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen stille, auf Termine etwas fester. Raps pr. Frühjahr $98\frac{1}{2}$, pr. Oktober $75\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai 55, pr. Herbst $44\frac{1}{4}$.

London, 29. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Feuchter englischer Weizen unverkäuflich, in fremdem beschränktes Geschäft zu unveränderten Preisen. Hafer und Mehl ruhig, sonstiges unverändert. — Schönes Wetter.

Bm Schlußei des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.